

Volker Schnurrbusch anlässlich der angekündigten Lärmschutzmaßnahmen für die Fehmarnbelt-Hinterlandtrasse durch den Bund:

„Dialog wirkt: Bund übernimmt übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen“

Kiel, 1. Juli 2020 Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben in Berlin beschlossen, dass der Bund für Lärmschutzmaßnahmen an der Fehmarnbelt-Hinterlandtrasse 232 Millionen Euro extra bereitstellt. Ein entsprechender Antrag soll bereits in der aktuellen Bundestagssitzung behandelt werden. Volker Schnurrbusch, verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Die ausführliche Bürgerbeteiligung rund um die Baumaßnahmen der Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung zeigen jetzt Wirkung: Der Bundestag wird morgen beschließen, dass die Bundesregierung den Großteil der übergesetzlichen Lärmschutzmaßnahmen übernehmen wird. Das ist ein Erfolg des Dialog-Forums, das die Bürgerinteressen in den letzten Jahren hervorragend moderiert hat.

Mit wenigen Ausnahmen geht der Bund auf die Gemeinden zu und finanziert sogar eine Troglösung in Bad Schwartau. Mit dem Ergebnis können Land, Kreis und Gemeinden zufrieden sein. Wer jetzt noch klagen will, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Fehmarnbelt-Querung muss kommen und wird der Wirtschaft in Ostholstein und Stormarn wichtige Impulse bringen.“

Weitere Informationen:

- **„Lübecker Nachrichten“-Artikel** „Fehmarnbelt-Trasse: 232 Millionen Euro für Extra-Lärmschutz“ vom 29. Juni 2020:

<https://www.ln-online.de/Nachrichten/Norddeutschland/Fehmarnbelt-Trasse-232-Millionen-Euro-fuer-Extra-Laerschutz>